

## **Neujahrsempfang am 10. Januar 2023**

### **Rede von Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff**

#### **Es gilt das gesprochene Wort.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
herzlich Willkommen im Haus der Bürgerschaft!

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich - insbesondere: den Bremer Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Herrn Dr. Bovenschulte, die Bürgermeisterin Frau Dr. Schäfer und die weiteren Mitglieder des Senats, und aus Bremerhaven: den Stadtverordnetenvorsteher Thorsten von Haaren, Oberbürgermeister Grantz und Bürgermeister Neuhoff.

Ein ganz herzliches Willkommen auch an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landräte aus unserer Nachbarschaft, herzlich Willkommen an die Bundestagsabgeordneten, die Fraktionsvorsitzenden und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sowie der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens, die Vertreterinnen und Vertreter der Gerichtsbarkeit, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Kirche und Gesellschaft, des Diplomatischen Korps und der Bundeswehr,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Auch für mich ist das hier im vierten Jahr meiner Amtszeit heute eine Premiere: Der Neujahrsempfang im eigenen Haus! 2020 habe ich Sie wegen unseres Umbaus in der Glocke begrüßt. Und dann, ja, dann kam Corona und wir haben den Empfang in den vergangenen zwei Jahren verantwortungsvoll, aber schweren Herzens, abgesagt.

Umso mehr freue ich mich, dass wir heute und hier startklar sind! Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle für das musikalische Intro heute: In diesem Jahr von "JustCappella" unter der Leitung von Rucsandra Popescu. Sie können uns nachher ja vielleicht verraten, ob die beiden Songs „Happy together“ und „Don´t stop me now“ Hinweise auf gute Vorsätze für das neue Jahr sein sollen!

Meine Damen und Herren, zwischen dem letzten Neujahrsempfang 2020 und diesem hier heute liegen nur drei Jahre, aber mir ist bei der Vorbereitung auf heute bewusst geworden, wie sehr sich unsere Welt, unsere Leben und unsere Erfahrungen in diesen drei Jahren verändert haben.

Als ich Sie 2020 in der Glocke begrüßt habe, haben die Medien einen ersten Todesfall in China durch eine rätselhafte Lungenkrankheit vermeldet. In Deutschland haben wir alle, mal ehrlich, von diesen ersten Meldungen – weit weg in Asien – kaum Notiz genommen.

Die Corona-Pandemie hat die Welt, Europa, Deutschland und auch uns dann nur wenige Wochen später mit voller Wucht erreicht – und den Alltag und das Leben von Familien, von älteren Menschen, von Kindern und Jugendlichen, von Selbstständigen und medizinischem Personal so massiv verändert, wie es das seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat.

Ein weiterer tiefer Einschnitt ist auch der 24. Februar 2022 gewesen: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns alle in unseren Grundannahmen erschüttert. Und diese Tatsache ist für mich, und vielleicht auch für Sie, Anlass gewesen, sich selbst zu hinterfragen. Oder hätte jemand von Ihnen vor drei, zwei oder anderthalb Jahren einen Krieg, nur zwei Flugstunden von Berlin entfernt, für möglich gehalten? Ich bin ehrlich: Ich habe das nicht geglaubt. Und man fragt sich: Haben wir es uns zu einfach gemacht? Haben wir zu lange weggeschaut? Haben wir Verantwortung lieber hin und hergeschoben statt zu handeln?

Fakt ist: In den drei Jahren, seit dem letzten Neujahrsempfang ist auch die Zeit abgelaufen, in der wir geglaubt haben, dass der langjährige Europäische Friedensprozess immer weitergeht. Wir waren sicher, zu sicher, dass die lange Periode von Frieden in der deutschen und europäischen Geschichte niemals enden wird. Das Gegenteil ist Realität: Das „Nie wieder“, das wir bisher vor allem auf die deutsche Vergangenheit bezogen haben, gilt mehr denn je für die Gegenwart und Zukunft.

Viele Menschen in Bremen und Bremerhaven haben seit dem Überfall Russlands ihre Mitmenschlichkeit bewiesen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben gespendet, Flüchtlinge versorgt und bei sich aufgenommen, sie haben Hilfstransporte gestartet, Job- und Ausbildungsangebote gemacht und Solidarität gezeigt. Bremen ist in dieser Hinsicht wirklich einmalig. Als Präsident dieses Parlaments, aber auch als Bürger dieser Stadt, möchte ich Ihnen dafür von ganzem Herzen danken.

An dieser Stelle möchte ich unsere diesjährigen Ehrengäste ganz herzlich begrüßen! In diesem Jahr sind es Mitarbeitende aus der Flüchtlingshilfe: Aus dem Sozialressort und dem Aus- und Fortbildungszentrum, aus unterschiedlichen Ämtern und Organisationen wie der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeiter-Samariter-Bund oder der Inneren Mission. Ihr täglicher Job ist es, geflüchtete Menschen, die Schutz in unserem Bundesland suchen, zu unterstützen und die Migration zu koordinieren:

Von der Erstaufnahme über die Wohnungssuche, von Sprachkursen bis zur gesundheitlichen Versorgung, von Gewaltprävention bis zur Qualifizierung für einen Job, von Senioren bis hin zu unbegleiteten Minderjährigen...Ich würde daran scheitern, das komplette Aufgabengebiet von allen auch nur annähernd vollständig aufzuzählen.

Ganz klar ist aber: Diese Frauen und Männer leisten seit vielen Jahren unter besonderem persönlichen Einsatz Enormes in ihrem Beruf. Jetzt könnte man sagen: Ja klar, das ist ja ihr Job! Aber insbesondere in der Flüchtlingshilfe beweisen sie jeden Tag, dass sie unter Stress und knappen Ressourcen oft schnelle Entscheidungen treffen müssen, aber den geflüchteten Menschen gleichzeitig Respekt, Würde und eine unglaubliche Warmherzig- und Menschlichkeit entgegenbringen. Und trotzdem am Ende des Tages vielleicht oftmals mit dem Gefühl nach Hause gehen müssen, mangels notwendiger Unterstützung nicht allen gerecht geworden zu sein. Das alles funktioniert nur, weil es für diese Menschen eben nicht nur ein Nine-to-Five-Job ist, sondern weil sie Verantwortung gegenüber den Geflüchteten und gegenüber unserem Bundesland verspüren. Das verdient Respekt und Anerkennung – und mir ist es wichtig, neben dem ganzen ehrenamtlichen Engagement, das wir in Bremen in diesem Bereich haben, auch diesen „hauptberuflichen“ Menschen von ganzem Herzen zu danken! Toll, dass Sie – stellvertretend für Ihre vielen Kolleginnen und Kollegen – heute unsere Ehrengäste sind! Ein dickes Dankeschön an Sie!

Meine Damen und Herren, die Corona-Pandemie, der Krieg gegen die Ukraine, die hohe Inflation oder der Klimawandel stehen nicht als isolierte Krisen da. Sie bedingen und verstärken sich gegenseitig und haben Auswirkungen auf unser Zusammenleben und unseren Alltag. Personen in meinem Alter stehen ja für eine Generation, in der es – verkürzt gesagt – immer bergauf ging: Wer ein bisschen clever

und fleißig war, der konnte auch einen gewissen Wohlstand erreichen. Und auch der Friedensprozess in Europa schien ja unaufhaltsam.

Heute müssen wir uns einer anderen Realität stellen: Politik und alle gesellschaftlichen Bereiche stehen vor großen Herausforderungen. Vor allem aber haben die aktuellen Krisen massive Existenzängste und Unzufriedenheit ausgelöst. Ich bin schon lange in Politik und Ehrenamt unterwegs, aber ich habe das, ehrlich gesagt, in meinen Gesprächen mit Menschen noch nie so erlebt wie in den vergangenen drei Jahren.

- Eltern fragen sich, in welche Zukunft sie ihre Kinder hineinwachsen lassen
- bei älteren Menschen weckt der Krieg in der Ukraine teils schlimme Erinnerungen, genauso wie die Sorge davor, angesichts steigender Kosten anderen zur Last zu fallen,
- Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen fürchten durch die hohen Energiepreise und den Fachkräftemangel um ihr Lebenswerk,
- chronisch kranke, alte und Menschen mit Behinderung müssen trotz Corona-Impfstoff teilweise isoliert leben,
- Geringverdiener wissen kaum, wie sie angesichts der massiven Verteuerung über die Runden kommen sollen,
- und viele Angestellte haben in der Krise einfach Angst um ihren Job.

Oft beschreiben diese Menschen mir ein Gefühl einer Endlosschleife. Unsicherheit, Machtlosigkeit, und ja, auch Wut nehmen zu. Laut einer Umfrage blicken mehr als Dreiviertel der 30 bis 59-Jährigen den kommenden Monaten mit Skepsis oder Befürchtungen entgegen. Noch nie zuvor hat sich eine so tiefe Verunsicherung und Besorgnis gezeigt.

Es hat bei keiner der genannten Krisen in den vergangenen drei Jahren lange gedauert, bis Rechtsextreme, Querdenker, selbsternannte Reichsbürger und andere Populisten auf den Marktplätzen der Republik und im Netz Stimmung gegen den Staat und „die da oben“ gemacht haben. Ist es die Existenzangst der Menschen, die den Nährboden für solche Verschwörungstheoretiker und Populisten bildet?

Ich glaube, meine Damen und Herren, das allein ist es nicht. Man würde die stumpfen Thesen und Parolen dieser Hetzer auch ungerechtfertigt auf ein Podest stellen, wo sie gar nicht hingehören. Sondern, das was Menschen in Sorge und Verunsicherung und in die Sprechblasen von Populisten treibt, hängt auch damit zusammen, dass sich eine breite Mitte der Gesellschaft – also die Handwerker, die Selbstständigen, die Pflegekräfte, die Alleinerziehenden, die Mütter und Väter, die vielen Angestellten – von sonst niemand ernstgenommen fühlt mit ihren Alltagsorgen.

Dabei steht die Mehrheit der Deutschen hinter den Maßnahmen und Einschränkungen, um die Krisen zu bewältigen. Sie fühlen sich in den Auswirkungen auf ihr Leben aber nicht gesehen. Denn

- wenn es in öffentlichen Debatten vor allem um Aktivisten geht, die für das Klima Kartoffelbrei auf Kunstgemälde werfen oder die sich auf deutschen Autobahnen festkleben,
- wenn sich Politik und Medien unermüdlich am Sinn und Unsinn des Genders abarbeiten oder seitenweise das Thema kulturelle Aneignung besprechen,
- wenn über Tampons auf Männertoiletten diskutiert wird oder darüber, dass Winnetou nicht mehr in im Ersten läuft,

dann sind das auf Twitter möglicherweise Themen, die „tenden“, wie man so schön sagt, und durch die sich Medien eine scheinbare gesellschaftliche Relevanz

vermitteln lassen. Und ja, es gibt auch eine Berechtigung, diese Themen gesellschaftlich zu diskutieren. Aber: Es hat in den Ausmaßen und in meiner Wahrnehmung nichts, wirklich gar nichts, mit den Alltagsorgen der meisten Menschen zu tun.

*„Jede Minute, die der Bus nicht fährt, ist eine Minute für die Rechtspopulisten“*, hat die Schriftstellerin und Brandenburgische Verfassungsrichterin Juli Zeh in ihrem Roman *„Übermenschen“* geschrieben. Und hat damit deutlich gemacht, wie sehr das Vertrauen in Staat und Demokratie sinkt, wenn sich Menschen in ihren Alltagsproblemen vergessen fühlen. Wenn öffentliche Daseinsvorsorge lückenhaft ist und Politik vergisst, sich um das sprichwörtliche „Brot und Butter“-Geschäft zu kümmern.

Zu den Alltagsorgen gehören einerseits die Themen, die direkte Auswirkungen der aktuellen Krise sind: Angst vor unaufhaltsam steigenden Energiekosten und Inflation, Angst vor den Folgen des Klimawandels oder dem persönlichen Verzicht und dem Verlust von Wohlstand, Angst vor Krieg. Genauso gehören aber auch bezahlbares Wohnen, der dringend benötigte Termin beim Arzt oder im Bürgeramt, ein sicherer Job, ein Platz in der Krippe oder Kita, verlässlicher Unterricht, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum oder eben der Bus, der nicht häufig genug fährt, zu den Themen, die die Bürgerinnen und Bürger täglich umtreiben.

Was bedeutet das? Viele steigen irgendwann bei Diskussionen aus, die nichts mit ihrer Lebensrealität zu tun haben, wenn gleichzeitig Selbstverständlichkeiten der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr funktionieren. Und im schlimmsten Fall: Sie beginnen zu schweigen. Sie schweigen, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Bedürfnisse nicht zählen oder gar falsch sind. Und ich halte das für eine Gefahr für unsere Demokratie und unser Miteinander, meine Damen und Herren.

Wir müssen als Parlament, als Politiker, als Verantwortliche wieder mehr Zeit für die Lösung dieser Alltagssorgen aufwenden, ja, für das „Brot und Butter“-Geschäft der Politik, statt für elitäre Diskussionen, die überwiegend im digitalen Raum stattfinden.

Die Krise hat gezeigt, dass Menschen zusammenrücken und zu Verzicht bereit sind. Das x-te Gutachten darf aber nicht dazu führen, keine Entscheidungen zu treffen. Wir erleben so viel Ungewissheit in der Welt aktuell, wir müssen da jede Chance nutzen, Gewissheit zu schaffen, wo es möglich ist. Genau dafür sind wir Politiker gewählt – und dafür können wir auch abgewählt werden. Das ist der Kern von Demokratie.

Meine Damen und Herren, ich bin der Überzeugung, dass Politikerinnen und Politiker – gerade auf Landes- und kommunaler Ebene – diejenigen sind, die die schweigende Mitte wieder hörbar machen können. Wir sind die gewählten Volksvertreter für alle Bürgerinnen und Bürger – und nicht nur für ein bestimmtes Klientel, für eine Bürgerinitiative oder für eine Partei. Eine Parlamentssitzung ist dabei mehr als ein notarieller Ablauf, sondern ein Forum, auf dem öffentlich gestritten, gerungen und, ja auch, an den eigenen Argumenten gezweifelt werden darf. Und wer alle Menschen in seinem Land repräsentieren will, muss auch ihre Anliegen kennen. Die Themen finden wir dabei nicht auf Twitter & Co, sondern hier, bei uns vor der Tür: Politikerinnen und Politiker gehören auf die Straße, zu den Menschen.

Auch Medien und Nutzer sozialer Netzwerke sind zur Selbstkritik und Mithilfe aufgerufen:

- Wenn jede Kontroverse sofort als „Hammer-Streit“ skandiert wird,



- wenn Stellungnahmen schon eingefordert werden, obwohl der Sachverhalt noch völlig unklar ist oder
- wenn sich die Bubble auf Twitter schon fast hysterisch in Spiralen von Political Correctness, Cancel Culture oder Framing steigert,

dann wird eine konstruktive Auseinandersetzung zunehmend erschwert.

Und ja, auch die Bürgerinnen und Bürger sind gefordert: Dazu gehört unter anderem das Verständnis, dass das wichtigste Werkzeug der Demokratie der Kompromiss ist. Demokratie kann nicht bedeuten: Mein Anliegen setzt sich zu 100 Prozent durch - und alles andere ist undemokratisch.

Wir müssen alle der Versuchung widerstehen, dass es in unserer heutigen vielfältigen Gesellschaft und komplexen Welt einfache Antworten gibt. Sie werden das genau wie ich kennen, dass es manchmal einfach sehr bequem ist, in Schwarz-Weiß-Mustern zu denken oder die sprichwörtliche „Schublade“ zu öffnen. Das ist menschlich. Doch die Realität hat viele Farben und ist kompliziert.

Unsere Demokratie bedeutet nämlich etwas Anderes: Demokratie bedeutet, dem anderem zuzuhören, die Argumente abzuwägen, den anderen zu überzeugen. Und zu verstehen, dass die eigene Meinung in einer Demokratie wertvoll und wichtig, aber eben nicht die letzte ist! In einem demokratischen Prozess gibt es keine Gewinner oder Verlierer. Sondern es geht auch nach einer demokratischen Entscheidung darum, die Minderheit zu überzeugen und mitzunehmen.

Meine Damen und Herren, wer Nachrichten schaut und hört, wer Zeitung liest, der merkt schnell: Die Diskussion über Krisen überlagert aktuell alles. Weil sie natürlich

jede und jeden von uns beschäftigen – auch mich und natürlich auch diesen Neujahrsempfang. Aber ich will darüber die vielen kleinen und großen Mutmacher-Erlebnisse nicht vergessen, die mir in den letzten Monaten begegnet sind. Das sind oft nur vermeintliche Kleinigkeiten, die von dem negativen Nachrichtensturm meist schnell wegweht werden, aber es sind die Erfahrungen, die mir immer wieder Mut geben und zeigen: Wir sind nicht machtlos. Wir sind nicht sprachlos. Wir können gemeinsam etwas bewegen, allen Sorgen und Krisen zum Trotz.

Und ich möchte Ihnen auch Beispiele nennen:

- Mir hat es Mut gemacht, die riesige Solidarität und Hilfe aus Bremen und Bremerhaven zu erleben für die Menschen in der Ukraine, in Belarus oder im Iran – allen eigenen Sorgen zum Trotz.
- Mir hat es Mut gemacht, die überwältigende Resonanz auf den ersten Weihnachts-Wunschbaum in der Bürgerschaft zu sehen. Mit Wünschen von Kindern aus finanziell benachteiligten Verhältnissen, die jeder Bürger mitnehmen und erfüllen konnte. Zu Beginn waren wir uns nicht sicher: Klappt diese Aktion in Zeiten? Was wir sehen ist: Die Hilfsbereitschaft war so groß, dass wir sind mit dem Nachhängen von Wünschen kaum nachgekommen sind. Viele Bremerinnen und Bremer haben trotz Inflation, trotz wirtschaftlicher Unsicherheit die Chance ergriffen, Schwächeren eine kleine Freude zu machen. Danke!
- Mir macht es Mut, wenn ich erlebe, mit welcher Leidenschaft sich die 250.000 Ehrenamtlichen in unserem Bundesland in Vereinen, Initiativen, der freiwilligen Feuerwehr oder der Jugend- und Altenarbeit einsetzen.
- Mir macht es Mut, wenn ich bei meinen Einsätzen als „Kollege Präsident“ beim Bäcker, in der Logistik oder auf dem Bau erlebe, wie die Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter sich mit ihrem – oft anstrengendem – Job identifizieren und Einsatz zeigen. Einige von Ihnen sind heute hier: Herzlich Willkommen!

- Mir macht es Mut, wenn Lehrerinnen und Lehrer, wenn Polizistinnen und Polizisten, Pflege- und Rettungskräfte oder auch die Mitglieder in unseren Beiräten vor Ort Tag für Tag ihr Bestes geben und Verantwortung übernehmen – und das unter schwierigen Bedingungen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei seiner Antrittsrede nach der Wiederwahl vor der Bundesversammlung gesagt: *„Jede und jeder, der anpackt, im Großen und im Kleinen – der bringt die Kraft der Demokratie zum Leuchten!“* Es sind damit auch all diejenigen gemeint, die in den vergangenen Monaten für solche Mutmacher-Momente gesorgt haben. Ihr Einsatz schafft Zusammenhalt! Und dabei macht es keinen Unterschied, ob es Geld, kreative Ideen, Netzwerke oder Zeit sind, die investiert werden. Jeder Beitrag ist wichtig. Mut entsteht meist nicht allein, sondern gemeinsam. Lassen Sie uns auch in diesem neuen Jahr Mutmacher-Erlebnisse schaffen.

Liebe Gäste, drei Jahre Pause zwischen dem letzten Neujahrsempfang bedeutet auch: 2020 habe ich Sie als frischgebackener Präsident nach der Wahl 2019 im neuen Jahr begrüßt, heute am 10. Januar 2023 stehen wir gut vier Monate vor der nächsten Wahl in unserem Bundesland. 2019 haben wir das geschafft, worauf wir in Bremen wirklich stolz sein können: Wir haben die Wahlbeteiligung mit fast 15 Prozentpunkten deutlich erhöht. Wir haben es im Gegensatz zu anderen Ländern geschafft, dass mehr Menschen zu Wahl gehen - ohne die Rechtspopulisten zu stärken.

Bremen hat 2019 gezeigt: Ein Mehr an Demokratie, ein Mehr an Beteiligung – das geht. Und ich wünsche mir als Parlamentspräsident genau das für die anstehende Wahl am 14. Mai 2023. Der Wahlzettel ist in der Demokratie das direkte Instrument jedes einzelnen Bürgers, die Arbeit von uns Politikerinnen und Politikern zu bewerten.

Nutzen Sie Ihre Stimme am 14. Mai 2023! Für eine starke Demokratie, für unsere großartigen Städte, für unser tolles Bundesland und für sich persönlich und Ihre Zukunft! Gehen sie zur Wahl!

Ihnen allen wünsche ich von Herzen ein frohes neues Jahr und freue mich auf ein spannendes Jahr mit Ihnen. Herzlichen Dank!